

**Geschäftsführung  
Jugendhilfeausschuss**

Es informiert Sie	Norbert Korte
Telefon (0202)	563 25 41
Fax (0202)	563 80 38
E-Mail	Norbert.Korte@stadt.wuppertal.de
Datum	10.02.04

---

**Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 20.01.2004**

Anwesend sind:

**Vorsitz**

Herr Karl-Friedrich Kühme

**von der CDU-Fraktion**

Herr Horst-Emil Ellinghaus, Herr Ralf Geisendörfer, Herr Arno Gerlach

**von der SPD-Fraktion**

Frau Helga Güster, Herr Andreas Mucke

**von der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN**

Herr Paul Yves Ramette

**von der FDP-Fraktion**

Frau Brigitte-Marcella Panetta-Jung

**von den Wohlfahrts- u. Jugendverbänden**

Herr Eckhard Arens (Caritasverband), Frau Anneliese Füssel (Jugendring), Herr Ulrich Ippendorf (Arbeiterwohlfahrt), Herr Ulrich Liebner (Diakonie Elberfeld), Herr Günter Schmalenbeck, Herr Günter Schwarz (beide Jugendring)

**als ber. Mitglieder gem. Satzung des Jugendamtes**

Frau Ute Feldbrügge (DPWV), Herr Reinhard Fliege (Deutsches Rotes Kreuz), Frau Eva Gienger (Arbeitsamt), Frau Melanie Hellmann (Kath. Kirche) bis 18.02 Uhr, Frau Ursula Reichert (Schulen), Frau Regine Richling (sachkundige Bürgerin), Frau Andrea Sauter-Glücklich (Jugendgericht), Frau Helena Wendt (sachkundige Bürgerin), Herr Dr. Stefan Kühn (Leiter des Geschäftsbereiches Soziales, Jugend und Integration), Herr Thomas Lenz (Leiter des Ressorts Jugendamt und Soziale Dienste)

**als Vertreter der Bezirksjugendräte**

Andreas Helsper, Dominik Schuler

**Vertreter/innen der Verwaltung**

Frau Friederike Krentz (201.0 - Fachbereich Kinder- u. Jugendhilfe), Herr Dieter Verst, Herr Peter Krieg (beide SB 208 - Jugend & Freizeit), Frau Christine Schmidt (201.JHP - Jugendhilfeplanung),

Herr Klaus-Peter Stein (Ausländerbeauftragter), Frau Cornelia Weidenbruch, Herr Klaus Thiele (SB 202 - Tageseinrichtungen für Kinder), Frau Sibylle Ackermann (201.10 - Ordnungspartner-schaften)

Schriftführer: Norbert Korte

Beginn: 16:00 Uhr      Ende: 18:07 Uhr

Den Ausschussmitgliedern liegt eine Neufassung der Tagesordnung vor.

Es besteht Einvernehmen, die TOP 4 und 8 zur Weiterentwicklung der offenen Jugendarbeit gemeinsam als TOP 4 zu behandeln. Die Tagesordnung wird außerdem um einen TOP 11 zur Tunnelnutzung Alter Markt erweitert.

## **I.            Öffentlicher Teil**

---

### **1            Genehmigung von Niederschriften**

---

#### **1.1        Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 18.11.03**

Gegen die Niederschrift über die letzte Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 18.11.03 werden keine Einwände erhoben. Die Niederschrift gilt damit als genehmigt.

---

#### **1.2        gemeinsame Sitzung des Jugendhilfeausschusses mit dem Schulausschuss u. dem Ausschuss für Frauenförderung am 03.12.03**

Gegen die Niederschrift über die gemeinsame Sitzung mit dem Schulausschuss und dem Ausschuss für Frauenförderung am 03.12.03 werden keine Einwände erhoben. Die Niederschrift gilt damit als genehmigt.

---

### **2            Anliegen der Bezirksjugendräte**

Bezirksjugendrat **Andreas Helsper** teilt mit, dass sich die Koordinationsgruppe der Bezirksjugendräte dazu entschlossen hat, das vor noch nicht allzu langer Zeit eingerichtete Jugendcafé wegen mangelnder Akzeptanz bei den Jugendlichen wieder aufzugeben.

**Herr Dr. Kühn** weist darauf hin, dass die Bezirksjugendräte im November neu gewählt werden. Darum müsse nun die Diskussion über die zukünftige Arbeit der Bezirksjugendräte geführt werden.

---

### **3            Hortgruppen in städt. Tageseinrichtungen für Kinder**

---

#### **3.1        Schließung von Hortgruppen Vorlage: VO/2408/03**

Der **Vorsitzende** erinnert an die bisherigen Beratungen zur Offenen Ganztags-Grundschule.

**Herr Dr. Kühn** weist darauf hin, dass die Verwaltung immer deutlich gemacht hat, dass mit der Einführung der Offenen Ganztags-Grundschule Horte geschlossen werden müssen. Insofern könne niemand überrascht sein. Es müsse jetzt sichergestellt werden, dass der Abbau von Hortplätzen und der Aufbau der Offenen Ganztagsgrundschule im Gleichklang stattfindet.

Nach Auffassung von **Herrn Gerlach** werden durch die Vorlage eine Reihe von

Fragen nicht beantwortet. Seine Fraktion könne dem Beschlussvorlag deshalb in der vorliegenden Form nicht zustimmen.

**Frau Güster** schließt sich für Ihre Fraktion den Bedenken von Herrn Gerlach an. Horte dürften nur geschlossen werden, wenn für die betroffenen Kinder eine adäquate, standortnahe Versorgung gewährleistet sei.

An der weiteren Diskussion beteiligen sich der Vorsitzende, Frau Panetta-Jung, Herr Schmalenbeck und Herr Ramette.

**Herr Arens** vermisst bisher ein klares Konzept zum Aufbau der Offenen Ganztags-Grundschule. Das Gleiche gelte auch für die Einbeziehung der Angebote freier Träger.

**Herr Dr. Kühn** betont, dass die Fördermittel des Landes für die Offene Ganztags-Grundschule nur fließen, wenn im Gegenzug Horte geschlossen werden. Bei der Auswahl der insgesamt zu schließenden acht Hortgruppen habe man sich von bestimmten Kriterien wie die Erfüllung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz in dem betroffenen Quartier oder den räumlichen Voraussetzungen der Horte für die Nutzung im Rahmen des Ganztags schulbetriebes leiten lassen.

**Herr Schulze** ergänzt, dass die Schulverwaltung eng mit den Schulen und der Schulaufsicht zusammenarbeitet. Anhand einer Indikatorenliste würde die Eignung der einzelnen Schulen für den Ganztagsbetrieb geprüft.

Die Schulen hätten noch bis Ende des Monats Gelegenheit, ihr Interesse zu bekunden. Sobald ein entsprechender Beschluss der jeweiligen Schulkonferenz vorliege, setze sich die Schulverwaltung mit der interessierten Schule in Verbindung. Benachbarte freie Träger würden in die Überlegungen mit einbezogen. Zurzeit sei man sowohl mit der Kath. Grundschule als auch mit der Gemeinschaftsgrundschule im Gespräch. Die Gemeinschaftsgrundschule verfüge bereits über ein gutes Betreuungsangebot.

Der **Vorsitzende** unterbricht von 16.37 bis 16.41 Uhr die Sitzung, um Herrn Palmen, Elternvertreter der Kath. Grundschule Reichsgrafenstr., Gelegenheit zu einer Stellungnahme zu geben.

**Herr Palmen** berichtet, dass die von der Hortschließung betroffenen Eltern der Kath. Grundschule Reichsgrafenstr. (Angelo-Roncalli-Schule) seit der Informationsveranstaltung am 14. Jan. sehr verunsichert sind. Der Hort an der Reichsgrafenstraße werde von 23 Kinder der Kath. Grundschule, aber nur 11 Kindern der Gemeinschaftsgrundschule besucht. Die Kinder stammten aus einem Elternhaus mit nur einem Elternteil oder aus Familien, die aus finanziellen Gründen auf einen Doppelverdienst angewiesen sind.

Die Kath. Grundschule habe bisher kein Konzept für einen Ganztags schulbetrieb. Die seit knapp einem halben Jahr tätige neue Schulleiterin stehe der Offenen Ganztags-Grundschule skeptisch gegenüber. Ihr Vorgänger sei gegen ein umfassendes Betreuungsangebot gewesen.

Wenn der Hort bereits zum 31. Juli geschlossen werde, entstehe jetzt großer Zeitdruck. Die Eltern möchten ihre Kinder an der bisherigen Schule belassen können. Die Schließung des Hortes mit der Einführung der Offenen Ganztags-Grundschule an der Gemeinschaftsgrundschule dürfe nicht auf dem Rücken der Eltern und Kinder der Angelo-Roncalli-Schule ausgetragen werden.

**Herr Mucke** besteht auf klare Aussagen der Schulverwaltung zum weiteren Verfahren. Ansonsten werde seine Fraktion der Hortschließung nicht zustimmen.

**Frau Wendt** vermisst eine klare Linie bei der Einführung der Offenen Ganztagschule. Aus zahlreichen Telefongesprächen wisse sie, dass viele Eltern verunsichert sind. Die Schließung der Horte sei ein Schritt zurück.

**Herr Dr. Kühn** widerspricht der Auffassung, dass über die mit der Einführung der Offenen Ganztagschule verbundenen Veränderungen nicht alle Beteiligten ausreichend und frühzeitig genug informiert worden sind. Das gelte auch für die Betreuung in der unterrichtsfreien Zeit und in den Schulferien.

**Herr Schwarz** fordert, dass kein Kind gezwungen sein darf, wegen des verlorenen Hortplatzes, die Schule zu wechseln.

**Frau Reichert** regt an, die Schließung des Hortes Schützenstraße vorzuziehen, weil ihrer Meinung nach hier mit weniger Problemen zu rechnen ist, als in der Reichsgrafenstraße.

**Frau Weidenbruch** sieht bei Schließung des Hortes Schützenstraße und der anderen Standorte eher noch größere Probleme für die Eltern. Hier seien jeweils vier bis sechs und nicht nur zwei Schulen betroffen. Die Eltern müssten unter Umständen auch damit rechnen, dass ihre Kinder nicht auf ihrer bisherigen Schule bleiben könnten.

**Herr Schulze** betont, dass nicht jede Grundschule zur Offenen Ganztagschule ausgebaut wird. Die Vorgaben des Landes ließen es aber nicht zu, das Betreuungsangebot für mehrere Schulen an einer Schule zu konzentrieren.

**Frau Panetta-Jung** kritisiert, dass die Wahlfreiheit der Eltern auf diese Weise eingeschränkt wird.

**Herr Dr. Kühn** will sich dafür einsetzen, dass die mit der Offenen Ganztags-Grundschule angestrebte und seiner Meinung nach auch wichtige Umstellung des Unterrichtsrhythmus zumindest für eine Übergangszeit zurückgestellt wird, damit kein Kind die Schule wechseln muss.

**Herr Schulze** antwortet auf eine Frage von Herrn Arens. Der Rat der Stadt entscheide, für welche interessierten Schulen ein Antrag auf Einführung des Ganztagsbetriebs bei der Bezirksregierung gestellt werden solle.

**Herr Gerlach** schlägt vor, den Beschlussvorschlag der Verwaltung zu ergänzen. Es müsse sichergestellt werden, dass kein Hort geschlossen wird, bevor nicht für die betroffenen Kinder ein ortsnaher Betreuungsplatz in einer Offenen Ganztags-Grundschule angeboten werden kann.

Es besteht Einvernehmen, die Sitzung für eine genaue Formulierung des Beschlussvorschlages zu unterbrechen.

Sitzungsunterbrechung von 17.15 - 17.25 Uhr.

Die von **Herrn Gerlach** beantragte Ergänzung des Beschlussvorschlages wird mit Stimmenmehrheit beschlossen.

#### Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 20.01.2004:

Der schrittweisen Schließung von acht Hortgruppen wird gem. Anlage zugestimmt, wenn den betroffenen Erziehungsberechtigten ein Betreuungsplatz in einer Offenen Ganztags-Grundschule ortsnah angeboten wird, sodass eine nahtlose Versorgung der Kinder gewährleistet ist.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 12 Stimmen    Ablehnung: 2 Stimmen    Enthaltung: 0 Stimmen

---

**3.2    Umwandlung von Hortgruppen**

**Vorlage: VO/2415/03**

Der **Vorsitzende** weist auf das ausliegende Antwortschreiben der Verwaltung zu seiner Anfrage hin. Mit dem Schreiben werde die entstandene Rechtsunsicherheit beseitigt.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 20.01.2004:

Der Umwandlung von zehn Hortgruppen in große Altersgemischte Gruppen wird gem. Anlage vorbehaltlich der Genehmigung des Landschaftsverbands Rheinland zugestimmt.

Einstimmigkeit

---

**3.3    Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Drs.-Nr. VO/2408/03**

**"Schließung von Hortgruppen in städt. Tageseinrichtungen für Kinder"**  
**Vorlage: VO/2480/04**

Im Rahmen des TOP 3.1 behandelt.

---

**4    Offene Jugendarbeit**

---

**4.1    Entwicklung der offenen Jugendarbeit - mündlicher Bericht -**

**Herr Verst** berichtet über die aktuelle Entwicklung der offenen Jugendarbeit.

Nützenberg

Am Nützenberg lebten rd. 1.200 Kinder und Jugendliche, für die es bislang keine Angebote gebe. Über die Situation rund um den Rabenweg sei häufiger in der Presse berichtet worden. Zum Einzugsgebiet gehöre auch die Vogelsaue. In Kooperation mit der evgl. Kirchengemeinde, Pfarrer Nattland, würden am Nützenberg nunmehr an 3 Nachmittagen in der Woche Angebote für Kinder und Jugendliche zur Verfügung stehen. Die evgl. Kirchengemeinde stelle die Räumlichkeiten bereit, der Stadtbetrieb ziehe für diese Arbeit aus der Jugendeinrichtung Arrenberg eine halbe Stelle ab. Die bestehende Hemmschwelle zwischen Nützenberg und Arrenberg hoffe man durch den städt. Mitarbeiter, der mit der zweiten Hälfte seiner Arbeitszeit weiterhin am Arrenberg tätig bleibe, abzubauen, damit Kinder und Jugendliche vom Nützenberg auch Angebote am Arrenberg, z. B. im Rahmen des Ferienprogramms, bei Projekten, Discos etc. annehmen.

Elberfelder Südstadt

Die evgl. Kirchengemeinde in der Südstadt habe seinerzeit leider mitgeteilt, dass sie das offene Angebot für Kinder und Jugendliche in der Hopfenstraße zum 31.12.2003 einstelle. Tatsächlich sei die Einrichtung aber bereits mit Beginn der Sommerferien 2003 geschlossen worden. Zusammen mit dem Bezirkssozialdienst bemühe man sich um ein Ersatzangebot in der Südstadt.

Unterbarmen

Der Kirchenkreis Barmen habe die Kinder- und Jugendeinrichtung LAIKA bereits mit Ablauf des letzten Jahres geschlossen. Das Gleiche gelte auch für die Einrichtung der evgl. Kirche in der Pauluskirchstraße.

In Unterbarmen müsse es jedoch dringend Angebote für Kinder und Jugendliche geben. Die evgl. Kirchengemeinde Unterbarmen-Süd und der CVJM Adlerbrücke hätten sich bereiterklärt, Angebote in einem nennenswerten Umfang aufzubauen. Sie würden Räumlichkeiten und auch eigenes Personal mit einbringen. Aus den durch die Schließungen eingesparten städt. Mitteln könnten die beiden Träger gefördert werden, um damit kurzfristig in Unterbarmen einen gewissen Ausgleich zu schaffen.

#### Rehsiepen

Am Rehsiepen in Ronsdorf sei nach wie vor dringend ein erweitertes Angebot notwendig. Bislang werde nur an zwei Nachmittagen in der Woche ein Programm für Kinder in den Räumen der kath. Kirche angeboten. Hier zeichne sich aber eine positive Entwicklung ab. Nach Gesprächen mit der evgl. Kirchengemeinde Ronsdorf und der größten Wohnungsgesellschaft GAGFAH, die dort über 700 Wohneinheiten vermiete, wollten sich künftig beide für die offene Jugendarbeit engagieren. Voraussichtlich werde es ab dem Frühjahr 2004 ein wesentlich erweitertes Angebot geben. Der städt. Zuschuss könne bei 13.000 € pro Jahr bleiben.

#### Sedansberg

Der Sedansberg sei einer der großen weißen Flecken in Wuppertal. Dort bestehe für die über 2.000 Kinder und Jugendlichen kein offenes Angebot. Es werde jetzt versucht, in Abstimmung mit dem Caritasverband und der GWG und zusammen mit der kath. Kirchengemeinde ab Mitte diesen Jahres ein kleines Angebot aufzubauen, was aus der Haushaltsstelle „Für Projekte in unterversorgten Stadtteilen“ finanziert werden solle.

**Herr Schwarz** weist darauf hin, dass der Antrag nicht von der Trägerkonferenz der offenen Jugendarbeit, sondern von der Arbeitsgemeinschaft II - Jugendarbeit gestellt worden ist.

**Frau Richling** betont, dass die Einrichtungen weiterhin im gleichen Umfang wie bisher arbeiten. Die angekündigte Kürzung der Landesmittel sei zwar von 50 auf 25 % zurückgenommen worden, aber auch eine 25-%ige Kürzung könne von den Trägern nicht verkraftet werden. Die Träger bräuchten deshalb jetzt eine Perspektive, wie es in Zukunft weitergehen solle.

**Herr Dr. Kühn** hofft, dass in den nächsten vier Wochen etwas mehr Klarheit geschaffen werden kann.

Der **Vorsitzende** sieht es als notwendig an, dass der Jugendhilfeausschuss in nächster Zeit entscheidet, welche Einrichtungen künftig noch mit öffentlichen Mitteln gefördert werden sollen.

**Herr Verst** schlägt vor, die Verwaltung mit der Ausarbeitung eines Konzeptes für die Weiterführung der offenen Jugendeinrichtungen und die Mittelverteilung für die Jahre 2005/2006 zu beauftragen. Durch die bereits geschlossenen Einrichtungen würden knapp 100.000 € frei, die fast die 25-%ige Kürzung der Landesmittel ausmachten. Dieser Betrag könne jetzt neu verteilt werden.

#### Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 20.01.2004:

Die Verwaltung wird beauftragt, wie folgt zu verfahren:

1. In 2004 werden die Landeszuschüsse - soweit es zu den angekündigten Kürzungen kommt - auf die verbleibenden freien Träger verteilt.

2. Für Unterbarmen sollen - wie von der Verwaltung vorgeschlagen - möglichst schnell Ersatzangebote realisiert werden.
3. Bis zum Herbst 2004 soll die Verwaltung gemeinsam mit den freien Trägern und dem Jugendring ein Konzept vorlegen, dass die Weiterführung und Förderung der offenen Jugendeinrichtungen und die Mittelverteilung ab 2005 regelt.

Einstimmigkeit

---

**4.2 Antrag der Trägerkonferenz der offenen Jugendarbeit zur Weiterführung und Förderung der offenen Jugendeinrichtungen**  
**Vorlage: VO/2468/04**

Im Rahmen des TOP 4.1 behandelt.

---

**5 Berliner Platz in Oberbarmen**

---

**5.1 Unzumutbare Zustände am und auf dem Berliner Platz**  
**- Antrag der CDU-Fraktion -** **Vorlage: VO/2172/03**

---

**5.2 Situation Berliner Platz** **Vorlage: VO/2297/03**

---

**5.3 Situation Berliner Platz – Nachtrag** **Vorlage: VO/2437/04**

**Herr Schmalenbeck** und **Frau Richling** sind übereinstimmend der Auffassung, dass die schwierige Situation auf dem Berliner Platz nicht zu sehr dramatisiert werden sollte. So sei bisher kein einziger Fall von Drogenhandel oder Prostitution bekannt geworden.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 20.01.2004:

Die beiden Berichte der Verwaltung werden ohne Beschluss entgegengenommen.

---

**6 Öffentliche Anerkennung der GESA gemeinnützige Gesellschaft für Entsorgung, Sanierung und Ausbildung mbH**  
**Vorlage: VO/2451/04**

**Herr Schwarz** meldet Beratungsbedarf für die Vertreter des Jugendrings an. Man habe sich mit der Vorlage, die erst vor der Sitzung ausgelegt worden sei, noch nicht richtig befassen können.

**Herr Dr. Kühn** weist darauf hin, dass die schnelle Anerkennung für den Träger wegen einer Drittmittelförderung sehr wichtig ist. Er schlägt vor, die Vorlage vorbehaltlich der Zustimmung der Mitglieder des Jugendrings beschließen.

Es besteht Einvernehmen, dem Vorschlag von Herrn Dr. Kühn zu folgen.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 20.01.2004:

Die GESA gemeinnützige Gesellschaft für Entsorgung, Sanierung und Ausbildung mbH, Wuppertal, wird vorbehaltlich der Zustimmung der Vertreter des Jugendrings als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII (Kinder- und Jugendhilfegesetz/ KJHG) in Verbindung mit § 25 des Ausführungsgesetzes zum KJHG NRW als Träger der freien Jugendhilfe öffentlich anerkannt.

Einstimmigkeit

---

**7**      **Bewerbung der Stadt Wuppertal an dem Projekt "Young Democracy" der Bertelsmann-Stiftung - Antrag der FDP-Fraktion - Vorlage: VO/2395/03**

**Frau Panetta-Jung** erläutert den Antrag ihrer Fraktion.

**Herr Verst** befürwortet eine Bewerbung seitens der Stadt Wuppertal. Die Verwaltung habe sich bereits mit der Bertelsmann-Stiftung in Verbindung gesetzt.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 20.01.2004:

Die Stadt Wuppertal bewirbt sich um die Teilnahme an dem Projekt „Young Democracy“ der Bertelsmann-Stiftung, dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie der UNICEF u.a. zur Verbesserung der Partizipationsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen.

Einstimmigkeit

---

**8**      **Naturwissenschaften für Kindergärten - Anfrage der SPD-Fraktion - Vorlage: VO/2352/03**

---

**8.1**      **Stellungnahme zum Projekt "Naturwissenschaften für Kindergärten" auf Anfrage der SPD-Ratsfraktion Vorlage: VO/2421/03**

Keine Wortmeldung!

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 20.01.2004:

Entgegennahme ohne Beschluss

---

**9**      **Maßnahmenkatalog 2004 der Jugendberufshilfe Vorlage: VO/2443/04**

Keine Wortmeldung!

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 20.01.2004:

Entgegennahme ohne Beschluss

---

**10**      **Tunnelnutzung Alter Markt**

**Herr Dr. Kühn** und **Herr Schmalenbeck** bestätigen nach einer gemeinsamen Begehung übereinstimmend, dass eine Nutzung des Tunnels Alter Markt für die Kinder- und Jugendarbeit wegen der Feuchtigkeitsprobleme mit unverhältnismäßig hohen Kosten verbunden wäre und deshalb nicht in Frage kommt.

---

**11**      **Wünsche und Anregungen**

**Herr Ramette** spricht Informationen an, nach denen die Arbeit der Bezirksjugendräte künftig an die Schulen verlagert werden soll. Er bittet die Verwaltung für die kommende Sitzung um einen Situationsbericht.

**Herrn Dr. Kühn** und **Herrn Verst** sind diesbezügliche Überlegungen nicht bekannt.